

Jour fixe vom 19.7.2021 – Öl-, Migrations- und Terror-Hotspot und Dauerkriegschauplatz: Europas shithole country Libyen feiert seinen Zehnten – unter reger internationaler Beteiligung (GS 2-21)

An der imperialistischen Affäre, die in Bezug auf Libyen abgewickelt wird, wird einiges offenbar, was für sich gar nicht selbstverständlich ist. Üblicherweise firmiert als Kriegsgrund z.B. der Kampf um Ressourcen oder die Tatsache, dass sich ein Land dem falschen Lager zuordnet, oder auch die Befreiung von Völkern von Diktatoren. Warum hat Frankreich es für notwendig erachtet, in Libyen einen Krieg zu führen? Das Land ist den imperialistischen Ansprüchen doch ziemlich nachgekommen, hat lauter Zugeständnisse gemacht, Kursänderungen vollzogen und die Funktionen erbracht, die es in verschiedener Hinsicht erfüllen sollte. Was bleibt also als Kriegsgrund?

— *In Hinsicht auf das Ölgeschäft, die Flüchtlingsabwehr und die Terrorbekämpfung hat Libyen alle Ansprüche des Imperialismus erfüllt. Gaddafi hat sich allerdings als Führer seiner Nation verstanden und versucht, mit dieser Nation seine eigenen Vorstellungen zu realisieren. Was Gaddafi z.B. mit der Panarabischen Union vorhatte, das hat dem hohen europäischen und allen voran französischen Ordnungsanspruch widersprochen.*

Dass ein Führer eigene Interessen für seine Nation entwickelt, verfolgt und durchsetzen will, kann allein noch nicht der Grund sein. Wenn die Imperialisten das nicht erlaubten, müssten sie viele Kriege führen. Die wesentlichen Ansprüche, die man an Gaddafi gestellt hat, hat er erfüllt. Und trotzdem war vor allem Frankreich nicht zufrieden damit, weil es sich von ihm in etwas anderem gestört sah und daher etwas Spezielles von ihm verlangt hat. Gaddafi verfolgte immer eine Panarabische Idee, er hatte kein Verständnis für die Feindschaft Israels gegen die Palästinenser und das arabische Lager. Er hat sich bei der vertraglichen Einbindung der nordafrikanischen Küste, des ganzen Nahen Ostens, der Anrainer am Mittelmeer in den Barcelona-Prozess, mit dem diese auf Europa bezogen werden sollten, quer gestellt. Was störte daran?

— *Die Fußnote auf S. 104 verweist auf den GS-Artikel 2-11. In dem wird ausgeführt, worin Gaddafi eine störende Altlast für die Weltordnung des Westens war. Der Westen hatte den Standpunkt, dass Kooperation in den Funktionen Öllieferant, Flüchtlingsabwehr und Terrorbekämpfung nicht reicht. Gaddafi fand die westliche Weltordnung zutiefst verwerflich und betrieb daher eine Politik, die z.B. die PLO, Syrien und den Jemen sowie die Befreiungsbewegungen in Afrika unterstützte. Das waren seine Vorstellungen einer anderen, eigenen und gerechten internationalen Ordnung. Das muss man wissen, um zu verstehen, warum der nationale Aufstand in Libyen für Frankreich eine „Gelegenheit“ (S.104) war, dort zuzuschlagen. Nur so versteht man, worin Gaddafi ein Störenfried war für die hohen westlichen Ansprüche in Bezug auf deren Werte- und Weltordnung, die unantastbar zu sein hat.*

Das letzte Argument kommt ganz ohne die Konkretisierungen der Politik Gaddafis aus. Wenn man festhält, dass Frankreich sich als das *Subjekt* versteht, das eine europäische Ordnung über das Mittelmeer definiert, dann ist die fehlende Unterordnung, also dass Gaddafi sich nicht in die Regieanweisungen dieser Ordnung einbauen ließ, ein hinreichender Grund, um ihn aus der Welt zu schaffen. Die Fälle, bei denen sich Gaddafi konkret gegen seine Unterordnung betätigt hat, fallen alle unter diese Maxime.

— *Hier wird aber nur ein negativer Grund benannt für die Ergreifung einer „Gelegenheit“, gegen Gaddafi vorzugehen. Die Besonderheit dieser Herrschaftsfigur in Nordafrika und welche Ansprüche sich von der EU und Frankreich an dieses Land richten, kommt zu kurz. Es fehlt, was tatsächlich an der Herrschaft Gaddafis störend war; den man offensichtlich nicht nur als nationalen Führer gesehen hat, sondern auch als potenten Herrscher, der Einfluss in der Welt hat.*

Ein Teil dessen war ja damals (2011) schon Geschichte und Gaddafi hatte auf Druck der imperialistischen Mächte einiges selbst bereinigt. Bemerkenswert und gar nicht selbstverständlich ist aber, dass der imperialistische Anspruch vor allem seitens Frankreichs und Europas, sich diese Herrschaft und die ganze Region ganz und gar unterzuordnen, ein *Kriegsgrund* ist – die „Arabellion“ bietet die Gelegenheit einzugreifen – und zwar jenseits der nationalen Zwecke dieser Herrschaft und jenseits dessen, wie Gaddafi sich auf

sein Volk bezogen hat. Letzteres gehört in die Abteilung, wie die Öffentlichkeit sich einen Kriegsgrund zurechtlegt.

Wenn man sich angesichts dessen, dass das Land insbesondere für europäische Interessen ganz gut funktioniert hat – auf der Grundlage, dass die USA diesem Land seine eigenständigen Ambitionen in Sachen Atombewaffnung mit entsprechenden Sanktionsmaßnahmen und Strafen abgewöhnt hatten –, fragt, was an Gaddafi trotzdem gestört hat, dann verpasst man, dass die Tatsache, dass dieses Land mit Krieg überzogen wurde, gar nicht an dieser Figur lag. Sondern daran, dass von auswärts unter französischer Führung ein Interesse gegenüber dem Land geltend gemacht wurde. Das richtete sich einerseits gegen diese nationalen Ambitionen Gaddafis, aber andererseits vor allen Dingen dagegen, dass sich Gaddafi mit seinen nationalen Ambitionen ja auch an andere auswärtige Interessen gewandt hatte. Da sind Russland und insbesondere die Türkei zu nennen. Was für Frankreich den Grund abgab, gegen Libyen vorzugehen, war der französische Anspruch, sich dieses Land exklusiv zuzuordnen und dafür zu sorgen, dass es als französische bzw. europäische Einflussosphäre existiert. Dieser Krieg richtete sich also nicht einfach gegen Gaddafi, sondern verdankte sich zugleich dem Anspruch, andere Mächte aus Libyen und aus dieser Region herauszuhalten. Mit der weit über Gaddafi hinausgehenden Botschaft: Frankreich und Europa betrachten die Mittelmeerregion und die Staaten an seiner sogenannten Südküste als ihre Einflussosphäre, weshalb sich erstens die dortigen Herrschaften dienstbar zu machen haben, zweitens andere Staaten dort nichts verloren haben und sich drittens die ganze Region als strategischer Besitzstand der Europäischen Union zu bewahren hat. Der Krieg wurde also geführt, weil die Franzosen diesen imperialistischen Anspruch in der Welt verfolgen und per Krieg dafür sorgen wollten, dass die Unterordnung des Landes gewährleistet ist und zwar unter *Ausschluss* aller anderen imperialistischen Interessenten. Das hat Frankreich aus eigener Machtvollkommenheit gemacht und dafür die USA höchstens zur Unterstützung gebraucht. Von dem Urteil und den Entschlüssen der USA macht es sich also nicht abhängig. Es sieht sich in gleicher Weise berechtigt, wie man das von den USA in Bezug auf andere Länder kennt.

— *Der Artikel legt den Schwerpunkt darauf, dass Frankreich seine imperialistische Linie durchsetzen will und dass das die Linienvorgabe für die EU sein soll, wie der Mittelmeerraum funktional und nutzbar zu machen ist. Darüber will Frankreich die europäischen Weltordnungsansprüche untermauern. Ist das richtig?*

Der französische Anspruch, das nördliche Afrika als europäische Gegenküste zu definieren und das als verbindliche außenpolitische Linie für die gesamte EU festklopfen zu wollen, ist ein Unterpunkt des Anspruches auf strategischen Besitzstand. Der Anspruch erstreckt sich nicht nur auf die in der EU verbündeten Staaten, sondern zugleich gegen und im Verhältnis zu den imperialistischen Mitkonkurrenten wie Russland und die Türkei wie auch im Verhältnis zu den USA. Frankreich erklärt es für Europa für notwendig, aus eigener Machtvollkommenheit diese Region im Griff zu haben und sie sich als strategischen Besitzstand zuzuordnen, über den Europa verfügen, regieren und von dessen Benutzung es andere ausschließen kann.

— *Als Grund, gegen Gaddafi vorzugehen, fehlt immer noch der „störende Ehrgeiz eines nationalen Führers“ (S. 105), der aus Libyen eine Gegenmacht gegen die Großmächte in Ost und West als eigenständiges staatliches Projekt durchziehen wollte. Dieses Staatsprogramm hing an Gaddafi.*

Der „störende nationale Ehrgeiz“ soll gar nicht bestritten werden, dieser begründet aber nicht einfach den Übergang zu dem Krieg, der 2011 angezettelt wurde. Mit dem „störenden nationalen Ehrgeiz“ wurde bis zu diesem Zeitpunkt umgegangen. Die Abhängigkeit dieses Landes von Ölexporten wurde ausgenutzt, Bedingungen wurden diktiert. Man hat das Land auf Terrorabwehr und Flüchtlingsabwehr verpflichtet und auch darauf, sein Atomprogramm einzustampfen. Es gab nicht das einhellige Urteil der westlichen Staaten, Gaddafis Panarabismus sei nicht auszuhalten. Auch Russland und China brachten – wenn auch wenig druckvoll – diplomatische Einwände gegen den Krieg vor. Dafür war schon ein imperialistischer Anspruch wie der von Frankreich nötig, der darauf drängte, dass es für die Inbesitznahme dieses Landes unter Ausschluss der anderen imperialistischen

Mächte unabdingbar sei, Gaddafi zu beseitigen. Darauf hat Frankreich versucht, die westlichen Mitimperialisten zu verpflichten. Deutschland hat sich dem nicht angeschlossen, Italien war dagegen. Die USA haben erst dann den Übergang zum Mitbomben gemacht, als Frankreich den Krieg von sich aus ohne Amerika angefangen hatte. Insofern richtete sich der Krieg nicht bloß gegen Gaddafi. Von Anfang an war der Krieg als eine europäische bzw. französische Aktion konzipiert – also *nicht* unter der Führung der USA oder der NATO – und richtete sich gegen Konkurrenten wie Russland und den NATO-Partner Türkei.

Wie Gaddafi bei den imperialistischen Mächten angeeckt ist und wie die Zustände in Libyen waren, ist im GS-Artikel 2-11 nachzulesen. Über die Eigenart dieses Staatswesens kann man sich erklären, mit welchen Mitteln, mit welcher Konsequenz und mit welchen Folgen der Krieg geführt wurde und wie er zwangsläufig im Ergebnis zu ziemlich chaotischen Verhältnissen geführt hat, zu einem Land, das keine eigene Staatlichkeit mehr zustande bekommt. Es gibt den imperialistischen Idealismus, dass nach einem Krieg, bei dem ein autoritärer Herrscher beseitigt wurde, eine stabile demokratisch gewählte Regierung installiert wird. Im Falle Libyens ist das Resultat ein „Failed State“, in dem keine Regierung existiert, sondern lauter verschiedene War Lords gegeneinander Krieg führen. Das ist nicht bei jedem imperialistischen Krieg der Fall, aber bei den Kriegen, die im Zuge der „Arabellion“ geführt worden sind, ist das ein häufig auftauchendes und zu erklärendes Phänomen.

— *Gaddafis Staatsräson war es, eine volksnützliche Herrschaft zu installieren, hinter der sich das Volk versammeln konnte – das kennt man nur aus funktionierenden kapitalistischen Staaten. Libyen ist ein Ölland und Gaddafi hat mit dem Öleinkommen seine Leute alimentiert. In dem Moment, wo die Herrschaft Gaddafis beseitigt wurde, brach diese Staatsräson weg; die einzigen, die noch in einem höheren Auftrag unterwegs waren, waren die Islamisten. Ansonsten bekriegten sich die verschiedene Clans, um Zugriff auf das Öl zu haben.*

Gaddafi hat nicht etwas gemacht, was auch in den kapitalistischen Ländern passiert. Der Hinweis, dass dieser Staat von einer Ölrente gelebt hat und die Leute in Libyen von der Ölrente alimentiert wurden, widerspricht dem völlig. Das ist nicht das Gleiche wie in kapitalistischen Staaten, wo sich die Leute über ihre produktive Lohnarbeit für den Staat nützlich machen und wissen, wozu sie den Staat brauchen, und sich ihm auch unterordnen.

— *Es war nicht die Besonderheit dieses Führers oder dieses Staatswesens, was den Westen so gestört hat, dass er dann mit Frankreich an der Spitze angegriffen hat, sondern der Maßstab, den Frankreich mit Blick auf die nordafrikanische Küste anlegte. Aus dieser imperialistischen Perspektive wurde Gaddafi als Störer beurteilt. Wenn das in eine Aktion umgesetzt wurde und dazu gehört, die anderen rivalisierenden Imperialisten herauszuhalten, dann ist klar; dass mit dem Sturz des Diktators nichts in Ordnung gebracht ist, sondern dass diese Konkurrenz anhand von Libyen erst richtig losgeht.*

Der besondere Charakter des Staates Libyens, seine Staatsräson, ist durch den Krieg zerstört worden. Bereits während des Aufstandes gegen Gaddafi und im darauf folgenden Krieg wurden die oppositionellen Kräfte instrumentalisiert. Die waren bislang in das Staatswesen eingebunden. Gaddafi hatte die Ölrente auf die Stämme verteilt, so dass jeder von dieser Ölrente lebte. Was der Imperialismus da ausgenutzt hat, war die Konkurrenz zwischen den Stämmen, die Gaddafi befriedet und mit Gewalt seiner Führung untergeordnet hatte. Mit Gaddafi ist das als Grundlage der Herrschaft beseitigt. Jetzt gibt es keine nationale Staatsräson mehr, auf die sich die Leute beziehen, sondern nur noch ihre Stämme, die feindlich gegeneinander darauf aus sind, möglichst viel vom Ölreichtum des Landes abzubekommen, den sie vorher von Gaddafi zugeteilt bekommen haben.

— *Im Artikel ist davon die Rede, dass der nationale Zusammenhalt von Gaddafi „verordnet“ war (S. 105). Jetzt werden materielle Gründe wie die Beteiligung an den Öleinnahmen genannt.*

Dass Gaddafi einen nationalen Zusammenhang *verordnete*, beruhte darauf, dass es in Libyen verschiedene Stämme, Familien, Clans in unterschiedlichen Landesteilen gab und

die Leute nach ihrer jeweiligen ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit sortiert sind. Es war die Staatsräson Gaddafis, sich auf diese bunte Mischung zu beziehen und sie – neben allen einzelnen Interessen, die die Stämme oder Clans so hatten – gleichermaßen als Bestandteile des libyschen Volkes zu behandeln, darüber den nationalen Zusammenhalt zu stiften und gegebenenfalls auch mit dem nötigen Zwang einzusortieren. Auf dieses von ihm hergestellte und definierte Volk bezog er sich und erhielt es, indem er es mit einer Existenzsicherung ausstattete, die er aus dem Verkauf des Öls ins Ausland finanzierte.

— *Die Beseitigung von Gaddafi hatte die Konsequenz, dass keinerlei positiver Zusammenhalt im Sinne einer libyschen Nation mehr existierte, sondern ein Gegeneinander von Stammesinteressen.*

Mit der Beseitigung von Gaddafi ist diese gewaltsame Klammer entfallen. An die Stelle der Zuteilung von Ölgeldern durch die Zentralgewalt tritt nun der Kampf um die Quelle ihrer bisherigen Einkünfte, den Verkauf von Öl ans Ausland. Es ist also nicht nur der nationale Zusammenhalt entfallen, sondern auch die materielle Grundlage, wovon das Volk gelebt hat.

— *Im Artikel heißt es, dass die verschiedenen Stammesführer nichts „Politisches“ vorhaben (S. 106 o.). Ihr Interesse besteht darin, sich per Gewalt ein Stück vom libyschen Ölreichtum zu sichern, und ist nicht darauf gerichtet, eine Lösung für die Nation zu finden, wie Gaddafi es praktiziert hat.*

Die Stammesführer haben auch nichts, woran sie anknüpfen könnten, denn in Libyen gab es kein nationales Interesse, das im Volk verankert war. Gaddafi hatte sich bemüht, seinen libyschen Stammesleuten ein nationales Bewusstsein beizubringen. Das ist aber nur über ihn gelaufen, es existierte kein Sachzwang, der den gesellschaftlichen Zusammenhang hergestellt hätte und für den man sich einem Staat unterordnet, weil man ihn als Voraussetzung seiner Existenz braucht. Wegen dieser Eigentümlichkeit des libyschen Staatsvolks ist es nicht damit getan, einfach den Führer auszuwechseln. Ein neuer Führer hätte sich erst mal durchsetzen müssen, um es so wie Gaddafi zu machen, oder aber eine andere Staatsräson aufzuziehen.

Gaddafi hatte die Kontrolle über Land und Leute, verfügte exklusiv über die Ölquellen und konnte sie zur Einnahmequelle für Libyen machen. Mit seiner Beseitigung fiel das Land zurück auf eine Ansammlung von lokalen und regionalen Machthabern, die jeweils das Öl und die Ölinfrastruktur in ihre Gewalt bringen wollen. Das ist im Artikel gekennzeichnet als „territorial“ und „Bandenkrieg“, der nichts „Politisches“ an sich hat. Das nächste ist, dass politische Größen in Tripolis oder Bengasi, die auf das gesamte Land ausgerichtete Ambitionen haben, darauf aus sind, jeweils diese bewaffnete Milizen auf sich und ihre politischen Ambitionen zu verpflichten.

*

Wie bezieht sich der siegreiche Imperialismus auf die Zustände in diesem Land, die er selber durch den Krieg und die Beseitigung Gaddafis angerichtet hat? Das Stichwort im Artikel ist „Doppellinie“ (S. 117, o.)

— *Diese doppelte Linie oder Doppelgleisigkeit ist so zu verstehen, dass Frankreich, Italien und Deutschland einerseits darauf setzen, in Libyen eine nationale Regierung zu etablieren, die die Kontrolle über Land und Leute hat und die Staatsräson an den europäischen Ordnungsinteressen ausrichtet. Gleichzeitig verfolgt jedes dieser Länder seine speziellen Interessen bezüglich Öl, Flüchtlingsabwehr und Terrorabwehr und bezieht sich dabei auf die verschiedenen gegnerischen Interessengruppen in Libyen. Darüber wird der dort existierende Dauerkriegszustand, werden die chaotischen Verhältnisse aufrechterhalten. Wie das passiert, wird im Artikel an den drei wesentlichen Interessenlagen Öl, Terror- und Flüchtlingsabwehr dargelegt.*

Frankreich und Italien beziehen sich auf die zerstörten Verhältnisse in der Weise, dass sie sich die Kräfte, die sie zur Verfolgung ihrer Interessen benötigen, kaufen oder auch dazu erpressen, für sie tätig zu werden, und perpetuieren damit auch die Konkurrenz zwischen diesen verschiedenen Gruppierungen. Daneben existiert noch das Interesse an einer Zentralregierung, welches gleichzeitig durch die „Doppelgleisigkeit“ unterlaufen wird.

— *Die unmittelbare Verfolgung der eigenen Interessen dieser europäischen Mächte, wofür sie die konkurrierenden Potentaten vor Ort instrumentalisieren, ist das Erste. Daneben halten sie an dem Ziel der Etablierung einer nationalen Regierung fest, weil sie einen klaren Ansprechpartner vor Ort wollen, eine zentrale Herrschaft, die das derzeitige Chaos in geordnete Verhältnisse überführt.*

Die Absicherung der unterschiedlich gelagerten Interessen am Öl, an Flüchtlings- und Terrorabwehr funktioniert zwar durchaus im Sinne der jeweiligen Agenten, die Europäer sind aber damit überhaupt nicht zufrieden. Was für Frankreich einen Krieg wert war, nämlich die Zuordnung Libyens als gesicherten Besitzstand der Europäischen Union, ist nicht erreicht. Es ist nicht gelungen, eine Regierung zu installieren, die auf ein europäisches Kommando unter französischer Führung hört und sich für deren Anliegen dienstbar macht. Das schließt ein, dass wegen der fehlenden staatlichen Ordnung der Abtransport von Gas und Öl nicht störungsfrei läuft, weil die Rivalen vor Ort um Ölfelder, Häfen und Pipelines kämpfen; dass sich die Milizen, die von den Europäern bezahlt werden, damit sie die Flüchtlinge von Europas Küsten abhalten, eher als Schlepperbanden betätigen, die die Überfahrt organisieren; dass sich Libyen doch wieder als Brutstätte des islamistischen Terrors erweist. Dazu kommt, dass die europäischen Mächte diesen „Problemen“ mit unterschiedlicher Gewichtung nachgehen: Frankreich ist die Terrorfrage wesentlich wichtiger als Italien, das hauptsächlich mit dem Flüchtlingsproblem konfrontiert ist, und beide konkurrieren um ihren Anteil am Ölgeschäft. All das ist in der Benutzung Libyens eingeschlossen und konterkariert den ursprünglichen Anspruch auf gesicherten Besitzstand für französisch-europäische imperialistisch definierte Ansprüche. Insofern beinhaltet diese Doppelgleisigkeit neben der Absicherung der unmittelbar wichtigen Interessen immer auch die andere Seite, den Anspruch auf Etablierung einer durchgesetzten Zentralgewalt, die sich selbst aus den Ölverkäufen finanziert und auf ihre Dienstbarkeit für den europäischen Imperialismus festgelegt ist. Das wird von den europäischen Mächten praktisch verfolgt und sie bringen ihre Mittel in Anschlag, diesen Anspruch in Libyen geltend zu machen.

— *Über die unmittelbaren Dienste in Sachen Öl, Terror- und Flüchtlingsabwehr, die von Libyen verlangt werden, sind sich die imperialistischen Staaten einig. Wie passt die genannte Doppelgleisigkeit zu der Aussage „Noch nicht einmal die zum staatskapitalistischen Kommerz gehörende Konkurrenz um Explorations- und Förderkonzessionen, Beteiligungen und dergleichen geben dessen Agenten auf, bloß weil ein irgendwie geartetes Äquivalent zur zerstörten Staatlichkeit von Gaddafis Libyen noch nicht zu haben ist“ (S. 110 o.)? Dass es die angestrebte neue Ordnung noch nicht gibt, vereitelt die Zwecke der Europäer also nicht. Sie verfolgen ihre Interessen in Konkurrenz zueinander und so leistet Libyen die geforderten Dienste.*

Der zitierte Gedanke hat nichts mit der Doppelgleisigkeit zu tun. Die Art und Weise, wie sie ihre konkreten Interessen sichern, setzen sie immer zugleich als Hebel dafür ein, eine Ordnung zu etablieren, die das Land auf die europäischen Mächte verpflichtet. Die Ölversorgung wickeln sie z.B. zentral über die nationale Regierung mit ihrer nationalen Ölbehörde ab, alle Zahlungsströme laufen über die Zentralbank. Die Perspektive eines von außen anerkannten Zentralstaates soll den Kräften im Land als alternativlose Notwendigkeit einleuchten, so wird deren Interesse auf eine nationale Ordnung gerichtet (siehe II.2.a). Wie die Europäer die Konkurrenz untereinander betreiben, zeigt, wie zynisch sie mit diesem Land umgehen und alles, was an Zerstörung in ihrer Benutzungspraxis mit eingeschlossen ist, in Kauf nehmen.

Sie nehmen das nicht nur in Kauf. Sie sorgen erstens dafür, dass sie mit ihren einschlägigen Interessen zum Zuge kommen. Sie suchen sich dafür Erfüllungsgehilfen und bezahlen Milizen oder Institutionen vor Ort. Dadurch werden zweitens die Territorial- und Bandenkriege nicht nur aufrechterhalten, sondern befördert und der Gegensatz zwischen den sich wechselseitig bekämpfenden Fraktionen angefeuert. Dafür wird als Beispiel zitiert, dass italienische Erdölfirmer mit Unterstützung der italienischen Regierung mit Milizen an der Küste verhandeln und diese als Sicherheitspersonal engagieren, während französische Konzerne in anderen Ecken des Landes ihre Interessen verfolgen und den dortigen Milizen Gelder zukommen lassen. Mit der Unterstützung konkurrierender Fraktionen sor-

gen sie für die Perpetuierung und Verschärfung der gewaltsamen Auseinandersetzungen.

— *Die Aussage ist also, dass der jetzige Zustand, das eigene Anfeuern der Gegensätze zwischen den Kriegsherren, die europäische Unzufriedenheit wachhält und darüber hinaus ihr Anspruch besteht, dass dieser Zustand einer verlässlicheren Ordnung weichen soll. Das ist der Zusammenhang zwischen den beiden „Gleisen“.*

— *Beim Abtransport von Öl und Gas sehe ich die Doppelgleisigkeit nicht. In II.1.a wird gezeigt, dass und wie die Geschäfte in diesem kaputten Staat florieren, welche Abkommen geschlossen werden, mit welchen Fraktionen usw. „Auf die Etablierung einer wirklichen Staatsgewalt brauchen die alteingesessenen europäischen Handelsnationen und ihre Kapitale nicht zu warten“ (S. 109). Für ihre Geschäfte mit libyschen Rohstoffen ist die Staatlichkeit nicht unabdingbar im Unterschied zur Flüchtlingsabwehr, die noch nicht wie gewünscht funktioniert, weil staatliche Strukturen fehlen. Beim Ölgeschäft sieht man doch, was alles an imperialistischem Geschäft unter den gegenwärtigen Verhältnissen funktioniert.*

Es funktioniert, aber nicht aus sich heraus. Die auswärtigen Ölkonzerne, die früher mit dem libyschen Staat oder mit der libyschen Ölgesellschaft Geschäfte abgeschlossen haben, setzen sich darüber hinweg, dass die libysche Staatsgewalt und damit der Chef der libyschen Ölgesellschaft nicht mehr existiert. Sie beanspruchen weiterhin die vorhandenen Lizenzen und organisieren den Abtransport materiell, indem sie Milizen bezahlen, die ihn absichern. Andererseits ist es ihnen keineswegs egal, dass die Staatsgewalt und damit der Eigner der nationalen Ölgesellschaft nicht mehr existiert. Sie halten daran fest, dass das Geld, das für das Öl an die nationale Ölgesellschaft oder den libyschen Staat, wer auch immer diesen repräsentiert, zu bezahlen ist, nicht an irgendjemand geht, sondern an die zuständigen Instanzen, d.h. an die nationale Ölgesellschaft und die libysche Zentralbank, für die sie extra einen Politiker einfliegen, der für sie die international anerkannte Regierung verkörpert und deswegen korrekterweise über die Einnahmen der Ölgesellschaft wie der Zentralbank verfügen kann.

Einerseits ignorieren sie das Fehlen der Zentralgewalt, andererseits schaffen sie sich mit einer international anerkannten Regierung – so wenig Durchsetzungskraft diese auch im Land hat – einen offiziellen Ansprechpartner. Sie beziehen sich bei ihren Zahlungen auf die staatlichen Institutionen, um alle an Ölgeldern interessierten Subjekte im Land darauf festzulegen, ein Interesse an einer Zentralgewalt mit staatlichen Instanzen, über die das Geld ins Land fließt, zu entwickeln. Den „Clan-, Stammes- und Regionalführern soll als alternativlose Notwendigkeit einleuchten, ... sich in einen ‚Prozess‘ einbinden zu lassen, an dessen Ende ein sauber von oben durchregierender Zentralstaat steht“ (S. 114). Alles, was in Libyen funktioniert, wird in dieser Weise von außen praktisch gehandhabt und mit dem entsprechenden Anspruch verknüpft. Nur so fließt überhaupt das Öl raus und das Geld ins Land. Ihr zahlungskräftiges Interesse an den libyschen Rohstoffen benutzen die Europäer immer auch als Hebel für die Schaffung einer nationalen Ordnung. Weil das Geld, dessen Quelle im Ausland liegt, nur über Institutionen wie die international anerkannte Regierung, die Zentralbank und die nationale Ölgesellschaft ins Land kommt, wird das Interesse der Kräfte im Land auf diese Institutionen verpflichtet: Sei es, dass sie sich einen möglichst großen Einfluss auf die Institutionen verschaffen oder – das ist die Alternative – dass sie versuchen, die Macht selbst zu übernehmen und eine eigene Regierung, Nationalbank und Ölgesellschaft zu schaffen und an deren Stelle zu setzen, wie es Haftar versucht.

Deutschland spielt in dieser Konkurrenz eine spezielle Rolle: Es profitiert einerseits davon, dass Italien und Frankreich weiter für den Abtransport von Öl sorgen, vor allem aber davon, dass die Italiener mit entsprechenden Abkommen und Kooperationen für die Abwehr von Flüchtlingen in Libyen sorgen. Gleichzeitig verhält sich Deutschland so, als hätte es daran gar kein spezielles Interesse. Es präsentiert sich vielmehr als die übergeordnete Instanz, der es vor allem im Interesse des libyschen Volkes darauf ankommt, für geordnete Verhältnisse in Libyen zu sorgen und eine zentrale Staatsgewalt zu etablieren. Dafür ist Deutschland auf diplomatischer Ebene tätig, unterschreibt Resolutionen der UN mit dem Inhalt, dass es dort wieder geordnete Verhältnisse geben müsse, und veranstaltet

eigene diplomatische Konferenzen, um alle Parteien vor Ort auf dieses Programm zu verpflichten. Erst kürzlich fand eine „Berliner Konferenz“ ganz im Interesse Deutschlands statt, bei der alle sich bekriegenden Fraktionen im Land aufgefordert wurden, sich – anstatt einander zu bekämpfen – auf eine zentrale Staatsgewalt zu einigen, der sie sich unterordnen, und sich für auswärtige Interessen dienstbar zu machen.

Der Standpunkt der „Doppelgleisigkeit“ wurde am Thema „Öl und Gas“ abgehandelt. Er gilt gleichermaßen für die anderen Interessen der Europäer an der Flüchtlings- und an der Terrorabwehr.

— *Was beinhaltet der auf S. 115 genannte Minniti-Pakt?*

Italien hat mit verschiedenen bewaffneten Banden in Libyen Vereinbarungen getroffen, damit sie ihre bisherige Einkommensquelle der Schleuser-Tätigkeiten von Libyen nach Europa aufgeben. Stattdessen erhalten sie jetzt Geld von Europa, damit sie den Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer nach Europa verhindern. Einige dieser Milizen wurden zu Teilen der offiziellen Küstenwache ernannt, entsprechend ausgestattet und finanziert. Dieses Vorgehen ist an Zynismus und Heuchelei kaum zu überbieten: Europäische Nationen kaufen bewaffnete Kräfte, die an der Küste sitzen, und machen sie zu Bestandteilen der libyschen Küstenwache. Andere konkurrierende Milizen im Süden bezahlen sie dafür, dass sie den Transport von Flüchtlingen aus Afrika durch Libyen verhindern. Der Sache nach wird begrüßt, wenn Italien die Drecksarbeit erledigt, zugleich wird immer die andere Seite betont, dieses Abkommen als „Pakt der Schande“ bezeichnet und die Perspektive aufgemacht, dass Europa eigentlich nur mit offiziellen Kräften, die sich an den Menschenrechten orientieren, zusammenarbeiten will.

— *Frankreich betätigt sich ebenfalls zweigleisig: Es unterstützt auf der einen Seite die offizielle Regierung und gleichzeitig finanziert es Haftar, weil es sein Interesse an der Abwehr islamistischen Terrors bei ihm besser aufgehoben sieht. Haftar seinerseits verspricht dafür, die südlichen Anrainerstaaten Libyens in Schach zu halten.*

*

Libyen und die sich dort wechselseitig bekämpfenden Fraktionen werden also von den europäischen Mächten, die ihre Ansprüche an die vor Ort agierenden Subjekte herantragen, keine Minute allein gelassen. Aber auch die Europäer werden in Libyen mit ihren imperialistischen Ansprüchen an dieses Land nicht allein gelassen.

Erinnert man sich an den Ausgangspunkt, dass es Frankreich und Europa darum geht, sich diese Mittelmeerregion als exklusiven Besitzstand zuzuordnen, ist mittlerweile nicht zu übersehen, dass das Gegenteil eingetreten ist: Viele arabische Mächte sind heftig an den kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt, versorgen diverse Fraktionen mit Waffen und im letzten Jahr verlief die wesentliche Kriegsfront zwischen den dort engagierten Mächten Türkei und Russland.

Die inzwischen eingetretene neue imperialistische Lage, die im Artikel anhand von Libyen abgehandelt wird, ist wesentlich durch die USA bestimmt: Die haben es aufgegeben, eine Ordnung in dieser Region, also in Libyen und überhaupt im Nahen Osten durchzusetzen und mit ihrer überlegenen Gewalt sicherzustellen. Insofern ist ihnen der europäische Anspruch auf geordnete Verhältnisse in dieser Region fremd. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, wie die auswärtigen Mächte aktuell in Libyen auftreten. Diese Lage unterscheidet sich wesentlich von den Verhältnissen, die – Stichwort Freier Westen – vorher gegolten haben: als die USA definierten, wie es auf der Welt zuzugehen hat und welche Rolle für die jeweiligen Staaten darin vorgesehen war, sodass jeder Verstoß gegen diese imperialistische Definitionshoheit damit zu rechnen hatte, dass Amerika mit seiner geballten militärischen Übermacht im Verbund mit den NATO-Partnern dagegen einschreitet. Diese weltweite Konstellation existiert heute nicht mehr.

— *In Bezug auf die aktuellen Interessen, die die Türkei und Russland in Libyen geltend machen, ist festzustellen, dass die Türkei ebenfalls Großmachtambitionen hat und schon in Syrien praktiziert hat. Sie haben Milliardensummen in Libyen investiert und wollen dieses Geld nicht einfach in den Sand gesetzt sehen. Ähnlich sieht es bei Russland aus, auch sie haben viel Geld in Libyen investiert. Insofern sind es nicht nur die Europä-*

er, die dort Großmachtinteressen geltend machen. Und dann gibt es da auch noch die arabischen Staaten, die mitmischen.

Von Großmachtinteressen zu reden, ist zu allgemein, dieses Schlagwort erklärt wenig. Man muss die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Staaten genauer anschauen und in welche Konkurrenz gegeneinander diese dann in Bezug auf die Mittelmeerregion münden. Wie sieht es z.B. mit den Interessen der beteiligten arabischen Staaten aus, worum geht es ihnen? *Negativ* ist zunächst festzuhalten, dass sie sich nicht mehr an ihre alte Rolle gebunden sehen, ausschließlich für die Rohstoffversorgung der Welt da zu sein. Sie entwickeln in ihrer Region eigenständige Ordnungsinteressen. Ob in Libyen, Syrien, Tunesien oder Marokko – überall entdecken sie Fragen, in denen sie mitzureden haben. Worin bestehen diese Interessen und was heißt es, wenn beispielsweise Katar und die Saudis in Libyen gegensätzliche Interessen verfolgen?

Bemerkenswert ist in Bezug auf diese aufstrebenden *arabischen* Nationen, dass sie weit über ihre Staatsgrenzen hinaus Ansprüche geltend machen, die darauf zielen, Einfluss auf ihre Nachbarstaaten zu nehmen, sich diese zuzuordnen, um ihre politische Macht und damit ihre Stellung in der Welt zu stärken. Und diese Interessen machen sie in Konkurrenz gegeneinander geltend. Auf Basis ihrer konkurrierenden Machtambitionen greifen sie in Libyen ein, um die Neudefinition dessen, was aus diesem Land wird, in ihrem Sinne zu bestimmen. So entstehen in Libyen unterschiedliche bewaffnete Fraktionen: unter Berufung auf den Islam beispielsweise eine den Muslimbrüdern nahestehende, die von Katar unterstützt wird, und andererseits die Armee von Haftar, die ebenfalls unter Berufung auf den Islam von den Vereinigten Emiraten ausgestattet wird. Hier wird deutlich, dass das Geschehen in Libyen am allerwenigsten damit zu tun hat, was die Leute vor Ort an Perspektiven in Hinblick auf die Zukunft ihres Landes im Kopf haben mögen. Die Sortierung der Fraktionen und ihre jeweiligen Kräfteverhältnisse hängen davon ab, in welchem Umfang und wie sich auswärtige Mächte dort einmischen.

Je nachdem, wie diese sich in ihren Ambitionen angegriffen sehen, agieren sie. So sehen die Saudis ihre Interessen durch radikale Islamisten bedroht und versuchen, diese unter ihre Kontrolle zu bringen. Umgekehrt Katar, das sich schon in Ägypten auf die Seite der Muslimbrüder gestellt hat und islamistische Kräfte in ganz Nordafrika unterstützt, um sich gegen die von VAE/Saudis dominierten islamischen Fraktionen in Stellung zu bringen, die ihrerseits eine maßgebliche Rolle beanspruchen, wie der Islam zu verstehen ist, und ihre Herrschaftsansprüche in der islamischen Welt geltend machen.

Die *Türkei* spielt in dieser Hinsicht ebenfalls eine prominente Rolle. Das Entscheidende an den Ambitionen, die sie *in* und *an* Libyen austrägt, ist allerdings weniger in Libyen selbst begründet, als vielmehr darin, dass die Türkei sich in Bezug auf ihre strategischen Ansprüche an die östliche Mittelmeerregion durch Frankreich und seine Partner beschränkt sieht. Durch ihre Unterstützung der westlibyschen Allianz mit GNA, Italien und Katar wendet sich die Türkei massiv gegen die französisch-europäischen Ordnungsinteressen, die diese für ihr „Mare Nostrum“ zu etablieren versuchen.

An der Art und Weise des russischen Engagements in Libyen wird ersichtlich, dass es *Russland* nicht um eine Entscheidung in diesem Krieg geht, die einer Seite zum Sieg verhilft. Vielmehr zielt Russlands Unterstützung der Haftar-Fraktion auf die europäischen Ordnungsinteressen in der Region und richtet sich nicht zuletzt gegen die USA. Russlands Einmischung in den libyschen Bürgerkrieg erfolgt von dem Standpunkt aus, klarzustellen, dass eine Zurichtung Libyens als exklusiver europäischer Besitzstand nicht ohne Berücksichtigung seiner Interessen, eine irgendwie geartete diplomatische Friedenslösung also nur mit seinem Einverständnis zu haben ist. So hatte das Stattfinden der „Berliner Konferenz“ zur Voraussetzung, dass sich Russland und die Türkei zuvor auf einen Waffenstillstand geeinigt haben.

Russlands Interventionen in Libyen liegt eine Schlussfolgerung zugrunde (siehe S. 129: „Schauplatz seiner nunmehr belehrten Außenpolitik“), die es u.a. aus der westlichen *Instrumentalisierung* der UN-Sicherheitsratsresolution in Bezug auf die Verurteilung der innerlibyschen Gewaltverhältnisse gezogen hat. Die Westmächte, allen voran Frankreich, haben diese Resolution als offiziellen legitimatorischen Titel für ihren Regime-Change-

Willen in Libyen verwendet und damit alle vorherigen russischen Bemühungen, zu verhindern, dass im Mittelmeer ein russlandfreies Vorfeld des Westens entsteht, scheitern lassen. Damit sieht sich Russland als *globale Macht* düpiert, die als zweitgrößte Atom-macht und Weltsicherheitsratsmitglied den Anspruch geltend macht, auf Augenhöhe mit den USA über alle gewichtige Gewaltaffären auf der Welt mitzureden und diesen Respekt vor seinen strategischen Interessen in und an Libyen von den Europäern verlangt.

Weil die beteiligten Staaten auf diesem Schauplatz ihre weit über Libyen hinausreichen-den imperialistischen Interessengegensätze austragen, ist es wenig verwunderlich, dass der Krieg in Libyen seit zehn Jahren andauert und ein Ende des Gemetzels nicht in Sicht ist. Vielmehr ist das die Garantie dafür, dass das Land weiterhin nach allen Seiten und in jeder Hinsicht in Grund und Boden gewirtschaftet wird.

*

Der nächste Termin findet am **13. September 2021** statt, das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekannt gegeben.